

Fraktionsvorsitzende  
Brigitte Ebbing  
Fraktionsgeschäftsstelle  
Paulskampstrasse 10

46325 Borken  
e@mail: Brigitte.Ebbing@borken.de



An die  
Bürgermeisterin der Stadt Borken  
Frau Mechtild Schulze Hessing  
Im Piepershagen 17  
46325 Borken

Antrag der UWG-Fraktion

Borken, 05.11.2024

**Versagung des städtischen Einvernehmens zur Erhöhung der Kreisumlage und die Entscheidung des Rates der Stadt Borken über dieses Einvernehmen**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schulze Hessing,

die UWG-Fraktion beantragt die Versagung des städtischen Einvernehmens zur Erhöhung der Kreisumlage und die Entscheidung des Rates der Stadt Borken über dieses Einvernehmen.

Begründung: Der LWL wie auch der Kreis Borken finanziert sich zu großen Teilen über eine Umlage der angeschlossenen Städte und Gemeinden. Im Gegensatz zu den Kommunen, die über Einsparungen, personelle Umbesetzungen und höhere Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen tragfähigen Haushalt aufstellen, scheint es für die Umlagenehmer keine Grenzen zu geben. Wenn kein Geld mehr da ist, wird halt die Umlage erhöht.

Der LWL schafft im Zeitraum 2018 – 2026 sage und schreibe 985,4 Vollzeitstellen neu. Da er hierbei auch Personal von den Kommunen abwirbt ist er damit eine bedrohliche Konkurrenz in Bezug auf die Handlungsfähigkeit seiner Geldgeber. Der LWL lockt neue Arbeitnehmer/innen mit extremen Gehalts- und Besoldungseinstufungen (in der Regel ein bis zwei Gehalts- oder Besoldungsstufen höher als allgemein üblich) und kalkuliert mit 4,84% höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen.

Die Umlagegrundlagen des Kreises Borken liegen lt. Haushaltsvorentwurf mit 42 Mio. Euro erheblich höher als im Jahr 2024. Dieses Entspricht einer Steigerung von 6,36% und liegt damit erheblich über dem Durchschnitt in NRW.

Im Finanzplanungszeitraum bis 2028 ist aufgrund der weiter stark steigenden Kosten beim Kreis und beim LWL mit weiterhin zunehmenden Aufwendungen zu rechnen.

Gleichzeitig erwarten 35 Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes NRW für 2024 die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, was einem Anteil von Sagenhaften 9,7 % der angeschlossenen Städten und Gemeinden entspricht. Gleichzeitig werden bis Ende

2024 83 Kommunen nicht mehr über eine Ausgleichsrücklage verfügen. 9 Kommunen sind bereits überschuldet und fünf weitere erwarten dies bis 2027.

Die Kommunalfinanzen befinden sich in einer dauerhaften Schieflage. Die Substanz, von der die Städte und Gemeinden leben, wird in absehbarer Zeit verbraucht sein.

Die Stadt Borken ist momentan noch in einer vergleichsweise komfortablen Situation, wird jedoch aus unserer Sicht perspektivisch auch in diesen Strudel gezogen werden. Die dauerhafte Unterfinanzierung muss durchbrochen werden.

Wir erwarten von der Stadt Borken, dass das städtische Einvernehmen für das kommende Haushaltsjahr nicht erteilt wird, und beantragen das der Rat der Stadt Borken in seiner nächsten Sitzung über das Einvernehmen entscheidet.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Ebbing  
Fraktionsvorsitzende